

FDP Rheinland-Pfalz · Am Linsenberg 14 · 55131 Mainz

An den Präsidenten des
Deutschen ReiseVerbands e. V.
Herrn Norbert Fiebig
Schieklerstraße 5 -7
10179 Berlin

Wahlprüfsteine

Mainz, 27. Januar 2016

Dr. Volker Wissing
Vorsitzender

FDP Rheinland-Pfalz
Am Linsenberg 14
55131 Mainz

rlp@fdp.de
www.fdp-rlp.de
twitter.com/fdprlp
facebook.com/fdprlp

T: 06131 232 541
F: 06131 233 803

Sehr geehrter Herr Fiebig,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 15. Dezember 2016 und Ihr darin zum Ausdruck gebrachtes Interesse an den Positionen der FDP Rheinland-Pfalz.

1. Welchen Wert misst die FDP dem Tourismus bei und wie wollen Sie dafür sorgen, dass die politischen Rahmenbedingungen in Rheinland-Pfalz die Arbeit von Reisebüros und Reiseveranstalter nicht beeinträchtigen?

Der Tourismus in Rheinland-Pfalz ist für das Land von entscheidender Bedeutung – insbesondere für die ländlich geprägten, strukturschwachen Regionen. Jeder zehnte Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz ist vom Tourismus abhängig. Damit ist der Tourismus nach dem öffentlichen Dienst der zweitgrößte Arbeitgeber im Land.

Für den Tourismus bestehen exzellente Voraussetzungen: die besonders günstige Lage des Landes mit seinen abwechslungsreichen und vielfältigen Landschaften im Herzen Europas und der Trend zu kürzeren Reisen macht unser Rheinland-Pfalz zu einer interessanten Tourismusregion.

Damit das Potential des Tourismus in Rheinland-Pfalz voll genutzt werden kann, setzen wir uns für Bürokratieabbau und eine Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen für kleine und mittelständische Betriebe ein.

2. Das derzeit größte Problem mit dem sich die Reisebranche konfrontiert sieht, ist die gewerbesteuerliche Hinzurechnung von Hotelübernachtungen. Wenn es bei der derzeitigen Regelung bleibt, wird der Hoteleinkauf als Teil der touristischen Wertschöpfungskette nicht länger in Deutschland stattfinden und viele Arbeitsplätze werden verlorengehen. Wird das Problem von der FDP erkannt? Weswegen wurde bislang keine Lösung für dieses drängende Problem gefunden? Wie will die rheinland-pfälzische FDP zeitnah dazu beitragen, dass Reiseveranstalter nicht durch die von der Hinzurechnung verursachte Gesamtsteuerlast von über 80 Prozent erdrückt werden und es zu Arbeitsplatzverlusten kommt?

Für die FDP Rheinland-Pfalz ist die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger wie auch der Unternehmen eine ständige Aufgabe des Staates. Die Rekordsteuereinnahmen des Staates einerseits, stehen andererseits natürlich auch für eine Rekordbelastung der Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen. Wir wollen daher, wo immer es die Möglichkeit dazu gibt, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aber auch die

Wirtschaft entlasten. Die haushaltspolitischen Spielräume dürfen in Rheinland-Pfalz nicht länger in politische Fantasieprojekte, wie einen überflüssigen Freizeitpark am Nürburgring fließen, sondern dahin, wo sie wirklich benötigt werden oder eben den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern zurückgegeben werden.

Wir wollen einen finanziell gut ausgestatteten Staat, aber keinen, den die Haushaltsüberschüsse zu einem verantwortungslosen Verhalten verleiten.

3. Reiseveranstalter sind gehalten, ihre Kunden während des Urlaubs mit Informationen und Hilfestellungen zu unterstützen und rund um die Uhr erreichbar zu sein. Zu diesem Zweck sind vielerorts Telefonzentren eingerichtet worden, die gleichzeitig Ansprechpartner für Buchungswünsche sind. Durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur Sonntagsarbeit ist die Zukunft dieses Kundenservices in Deutschland in Frage gestellt. Wird sich die FDP dafür einsetzen, dass auch zukünftig Call-Center in Deutschland betrieben werden können und durch welche Maßnahmen soll dies sichergestellt werden?

Bevor die FDP Rheinland-Pfalz sich für eine entsprechende Gesetzesänderung einsetzt, müssen sich die Tarifparteien einig sein, dass sie eine solche gesetzgeberische Initiative befürworten und unterstützen. Es ist Aufgabe der Tarifparteien zunächst Einigkeit darüber zu erzielen, inwieweit sie Sonntagsarbeit ermöglichen wollen.

4. Der touristische Flug (Charterflug) ist in besonders hohem Maße auf die Tagesrand- und Nachtzeiten angewiesen, um wirtschaftlich sein zu können. Die Zunahme von Nachtflugverboten in Deutschland stellt daher ein zunehmendes Problem für die Branche dar, da sie letztlich zu einer Abnahme des touristischen Flugangebots führen. Wird sich die FDP in Rheinland-Pfalz für eine faire Interessenabwägung der unterschiedlichen Anspruchsgruppen in Bezug auf Fluglärm einsetzen und sind Sie bereit, auch alternative Lösungen zu Nachtflugverboten wie den Balanced Approach der ICAO zur Lösungsfindung heranzuziehen?

Die FDP Rheinland-Pfalz lehnt ein Nachtflugverbot am Flughafen Hahn strikt ab. Allerdings sehen auch wir die Lärmbelastung der in den Flugschneisen wohnenden Bürgerinnen und Bürger mit großer Sorge. Die nächtlichen Flugbewegungen müssen daher auf ein notwendiges Maß reduziert werden. Außerdem muss der technische Fortschritt, zum Beispiel im Bereich der Triebwerkstechnik, konsequent genutzt werden, um die Lärmbelastung soweit wie möglich zu reduzieren. Akzeptable Lösungen müssen den Belangen beider Seiten Rechnung tragen, sie müssen dem angemessenen Lärmschutz ebenso Rechnung tragen, wie den Anforderungen der Wirtschaft.

5. Der Tourismus ist eine Branche mit Zukunft. Wie bewerten Sie die Leistung von Schulen, Berufsschulen, Bundesagentur für Arbeit und Wirtschaft und Sozialpartnern, wenn es darum geht, junge Menschen für Berufe der Tourismusbranche zu begeistern und diese mit Blick auf die kommenden Herausforderungen zu qualifizieren?

Es ist Aufgabe der jeweiligen Branchen junge Menschen für eine Tätigkeit in den von ihnen angebotenen Berufen zu begeistern. Das können sie zum einen, indem sie die Arbeitsbedingungen und Gehälter so gestalten, dass diese für junge Menschen attraktiv sind. Die Begeisterung für die Tourismusbranche kann und muss zunächst einmal die Branche selbst wecken, schließlich liegt die Gestaltung der beruflichen Rahmenbedingungen ebenfalls in ihren Händen. Die Schulen sollten aber den verschiedenen Branchen, die Möglichkeit geben Praktikas anzubieten, damit die Schülerinnen und Schüler frühzeitig die Möglichkeit haben, einen Einblick in das Tätigkeitsfeld zu bekommen.

6. Wie will die FDP den Generationenwechsel bei kleinen und mittelständischen Unternehmen im Bereich des Tourismus erleichtern? Sehen Sie eine Notwendigkeit für neue Regelungen bei der Erbschaftsteuer? Wie bewerten Sie die Situation in Rheinland-Pfalz bezüglich der Förder-, Beratungs- und Informationsangebote?

Die FDP Rheinland-Pfalz lehnt die Vorschläge der Bundesregierung für eine Reform der Erbschaftsteuer ab. Die Erbschaftsteuer muss so konzipiert sein, dass sie die Unternehmensfortführung nicht künstlich unattraktiv macht. Die Steuerbelastung darf nicht dazu führen, dass die Erben sich gegen eine Fortführung des Unternehmens entscheiden und Arbeitsplätze gefährdet werden. Der Gesetzgeber muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der Generationswechsel die Betriebe nicht destabilisiert und in ihrer Existenz gefährdet.

Wir wollen das Förder-, Beratungs- und Informationsangebot der Landesregierung stärker als bisher an dem tatsächlichen Bedarf der Branche ausrichten und es in enger Abstimmung mit den relevanten Akteuren kontinuierlich fortentwickeln.

7. Inwiefern sieht die FDP die Notwendigkeit, den Bereich der sog. "Sharing Economy" mit vergleichbaren Auflagen und Vorgaben zu belegen, wie dies zum Schutze der Verbraucher im Bereich der etablierten Anbieter (insbesondere Gaststättengewerbe, Hotels) bereits lange der Fall ist?

Wer bestimmte Leistungen anbietet, muss sich auch den in der Branche üblichen Regeln unterwerfen. Wenn die gesetzlichen Standards von bestimmten

Unternehmen umgangen werden können, führt das zu einer Wettbewerbsverzerrung. Allerdings zeigen Beispiele wie Air, Bed an Breakfast oder Uber, wie groß die Nachfrage nach Dienstleistungen ist, wenn diese kostengünstig angeboten werden können. Der Erfolg dieser Unternehmen ist eine deutliche Aufforderung zum Bürokratieabbau. Eine deutliche Entschlackung der Vorschriften und Auflagen für die regulären Dienstleistungen der etablierten Unternehmen wären ein wichtiger Beitrag zu einem fairen Wettbewerb

Mit freundlichen Grüßen

